

8. Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts

Antrag des Regierungsrates vom 1. Dezember 2021 zum Postulat KR-Nr. 255/2017 und gleichlautender Antrag der Finanzkommission vom 29. September 2022

Vorlage 5776

Tobias Langenegger (SP, Zürich), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, die Beeinflussbarkeit des Staatshaushalts in den einzelnen Leistungsgruppen unter Hinweis auf die relevanten Gesetzesbestimmungen anhand von verschiedenen Kriterien zu schätzen. Dies machte der Regierungsrat anhand des Budgets 2021. Es wurde eine Umfrage bei allen Einheiten der konsolidierten Rechnung gemäss Artikel 54 des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) durchgeführt. Darunter fallen die Direktionen und die Staatskanzlei, Behörden und Rechtspflege sowie die konsolidierten Organisationen. In der Umfrage wurden der Aufwand und Ertrag einer jeden Aufgabe einer Leistungsgruppe den vier vorgegebenen Kategorien zugeteilt sowie zu jeder Position die dazu gehörenden gesetzlichen Grundlagen erhoben. Das Anliegen verfolgt die Zielsetzung, dem Kantonsrat eine Übersicht über den bestehenden finanziellen Handlungsspielraum zur Verfügung zu stellen.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Kanton Zürich über seine eigene Gesetzgebung den Grossteil seines Budgets steuern kann. Auf der Aufwandseite kann der Kanton Zürich 61 Prozent direkt beeinflussen und auf der Ertragsseite 81 Prozent. Wesentliche Weichenstellungen für das Entwickeln des Finanzhaushalts erfolgen über die Entscheide des Kantonsrates zu den beantragten gesetzlichen – das ist wichtig –, zu den gesetzlichen Grundlagen und darauf beruhenden Ausgabeentschlüssen sowie in einem geringeren Mass durch Änderungen vom Bundesgesetz. Im Rahmen der diesjährigen Beratung zum Geschäftsbericht 2021 wurden die Sachkommissionen wie die Justizkommission eingehend von den Referentinnen und Referenten der FIKO über die gewonnenen Erkenntnisse informiert. Damit einher ging auch eine entsprechende Sensibilisierung für die mittlerweile abgeschlossene Budgetdebatte 2023. Und es ist zu hoffen, dass dank dieser Sensibilisierung die Budgetdebatte nicht nur dieses Mal, sondern auch in Zukunft wesentlich kürzer dauern wird. Die FIKO beantragt Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Besten Dank.

André Müller (FDP, Uitikon): Mit diesem Postulat hat die FIKO in der alten Legislatur, noch unter dem Vorsitz der geschätzten Beatrix Frey-Eigenmann, einen wichtigen Schritt gemacht, dem Parlament vor allem auch im Rahmen der Budgetdebatten aufzuzeigen, wo und wie es Hand anlegen kann und muss. Die FDP wird das Postulat als erledigt abschreiben und wir können ein paar wichtige Erkenntnisse gewinnen:

Erkenntnis Nummer 1: Das Postulat zeigt, dass der Kanton Zürich über seine eigene Gesetzgebung den Grossteil seines Budgets steuern kann. Auf der Aufwandseite kann der Kanton Zürich 61 Prozent direkt beeinflussen, auf der Ertragsseite 81 Prozent.

Erkenntnis Nummer 2: Die Beeinflussbarkeit des Finanzhaushalts findet aber über den gesetzgeberischen Prozess statt und den auf diesen Gesetzen beruhenden Ausgabenbeschlüssen. Es bringt also herzlich wenig, mit detaillierten Budgetanträgen das Budget in der Budgetdebatte zu verbessern oder zu verschlechtern. Die bürgerlichen Parteien haben das so gemacht. Die Linken haben in der Budgetdebatte zum Teil gegen den Willen von linken Regierungsräten Verschlechterungen ins Budget eingestellt. Diese werden Wirkung entfalten, aber wohl nicht dort, wo die Anträge das wünschen.

Erkenntnis Nummer 3: Die Sachkommissionen sind gefragt, und zwar nicht nur in der Ausgestaltung der inhaltlichen Regelungen, sondern vor allem auch bezüglich der finanziellen Konsequenzen. Jeder Paragraph, den wir in ein Gesetz schreiben, hat eine finanzielle Auswirkung und muss bezahlt werden. Aufgrund des Legalitätsprinzips kann im Umkehrschluss auch gesagt werden, dass, wenn keine Regelung da ist, auch kein Geld ausgegeben wird. Das heisst, je weniger Gesetze wir in der Sachkommission machen, je mehr wir Gesetze zurückstutzen, je mehr wir wieder dem Subsidiaritätsprinzip folgen, wo der Bürger sich wieder um sich selbst kümmert und von der Vollkasko-Mentalität abkommt, umso mehr haben wir dem Kanton finanzielle Freiheit zurückgegeben.

Es liegt an uns, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Legislative, nur mit gesetzgeberischer Arbeit beeinflussen wir den Staatshaushalt. Lasst uns an die Arbeit gehen und ein paar Gesetze abschaffen! Besten Dank.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Die Antwort auf dieses Postulat hat Unsicherheiten ausgeräumt und zeigt klar auf, wie und wo der Kantonsrat Einfluss auf das Budget nehmen kann und auch muss. Das Budget ist das eine, was wir hier das Jahr durch beschliessen das andere. Und hier müssen wir ansetzen. Jeder Entscheid, der Ausgaben nach sich zieht, muss in Zusammenhang mit dem aktuellen Budget und der Mehrjahresplanung bewertet und entschieden werden. Dieses Bewusstsein müssen wir schärfen. Dafür wünsche ich uns allen den Willen und die notwendige Hartnäckigkeit. Die SVP wird abschreiben. Danke.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Was uns der Bericht zum Postulat sagt, ist eigentlich selbsterklärend. So kurz nach der Budgetdebatte möchte ich aber dennoch kurz einige Worte darüber verlieren, was wir daraus für die Zukunft lernen könnten. Das Postulat zeigt eindrücklich auf, was die SP seit Jahren immer wieder betont: Ein überwiegender Teil der staatlichen Ausgaben ist nicht einfach nach Lust und Laune eingestellt, sondern gesetzlich vorgegeben. Mit diesem Wissen wird auch klar, dass Kürzungsanträge im Budget wohlüberlegt sein müssten, dass, wenn man weniger Geld ausgeben will, dies meist nicht sinnvoll in der Budgetdebatte gemacht werden kann. Ansonsten kann es ziemlich schlecht rauskommen, und dann werden genau jene Leistungen gekürzt, welche man eigentlich

toll findet, weil in der entsprechenden Leistungsgruppe nichts anderes gekürzt werden kann, sofern man sich an die demokratisch legitimierten Vorgaben halten will. Und ich bin sehr froh, dass das unsere Regierung macht, denn alles andere wäre auch ziemlich problematisch.

Sich also das Jahr hindurch zurückzulehnen oder vielleicht sogar noch kostspielige Bestellungen zu machen und sich dann in der Budgetdebatte darüber aufregen, dass viel zu viel ausgegeben wird, ist eine nicht sonderlich intelligente Art, Politik zu machen. Es ist nicht an uns, den Teuerungsausgleich nach unten anzupassen oder Stellen abzubauen oder Kreditübertragen für bereits im Kantonsrat beschlossene Projekte zu streichen. Denn dahinter stehen Vorgaben und demokratische Beschlüsse. Die Liste ist noch länger, aber meine Zeit wird knapp, darum: Ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren vielleicht eine etwas sinnvollere Budgetpolitik machen können. Die SP wird das Postulat abschreiben. Besten Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir haben einmal mehr die Situation, dass ein FIKO-Geschäft kurz vor den Ferien beraten wird. Die meisten Leute sind mental schon irgendwie unter dem Weihnachtsbaum, bei der Rechnung sind sie jeweils schon am Palmenstrand. Nur die Budgetdebatte, die nehmen alle unheimlich ernst und denken «ja, da muss ich mich profilieren, da können wichtige Weichen gestellt werden», und Sie finden hier in diesem Postulatsbericht die Antwort, warum die Prioritäten vielleicht etwas anders liegen sollten. Denn wir können im Budget relativ wenig entscheiden. Der Kantonsrat kann tatsächlich über einen Grossteil der Ausgaben und Einnahmen bestimmen, aber vor allem über die Gesetze. Das passiert nicht im Budget, und diese Botschaft möchte ich wirklich unterstreichen, das haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt. Wir sind uns in der FIKO einig. Ich denke, FDP, SVP und Grüne sind sich nicht einig, wie man das Geld verteilen soll, aber es ist wirklich wichtig, dass alle hier verstehen: Finanzpolitik passiert nicht vor allem im Budget, Finanzpolitik passiert unter dem Jahr in den Sachkommissionen. Nehmen Sie das alle wirklich ernst.

Die zwei Kategorien, in denen der Regierungsrat selbst entscheiden kann, oder die freien Positionen, sie machen ungefähr 6 Prozent des gesamten Haushalts aus, das ist wenig. Nehmen wir darum die Arbeit in den Sachkommissionen ernst. Finanzen können nicht unabhängig von Aufgaben und Leistungen betrachtet werden, so steht das auch im Postulatsbericht.

Und wenn Sie sich für den Vollzug interessieren, dann sollten Sie die Rechnung genauer anschauen. Das finde ich jetzt auch ein etwas unterschätztes Geschäft. Die Grünen werden der Abschreibung zustimmen und bitte, lesen Sie alle diesen Bericht genau.

Isabel Garcia (GLP, Zürich): Auch die Grünliberalen stimmen der Abschreibung des Postulates zu. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar wenige Worte: Der vorliegende Bericht des Regierungsrates enthält eine umfassende und hochinteressante Analyse von Struktur und Steuerungsmöglichkeiten des Staatshaushaltes, die die grossen Zusammenhänge aufzeigt und auch entsprechendes Zahlenmaterial – es

wurde schon von den Vorrednerinnen und Vorrednern genannt – liefert. Dafür wirklich vielen herzlichen Dank an die Autorinnen. Und persönlich darf ich noch anfügen: Selten habe ich einen so guten Bericht einer Verwaltungsstelle gelesen. Ich komme gleich dann zur Erkenntnis, zur wichtigsten Erkenntnis: Wenn es noch ein Beweis bedurfte, dass der wesentliche Teil der finanzpolitischen Arbeit im Kantonsrat nicht während der Budget- und KEF-Debatte, sondern eben unter dem Jahr geleistet werden muss, nämlich bei der Ausgestaltung und Verabschiedung der Gesetzesvorlagen, dann haben wir ihn jetzt mit diesem Bericht schwarz auf weiss. Nehmen Sie sich diese wichtige Erkenntnis wirklich zu Herzen, vielleicht so als Vorsatz für das nächste Jahr und die nächsten Budget- und KEF-Debatten. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 255/2017 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.